

Henry Krause

Katholisches Milieu in der DDR

Der evangelische Theologe Erhart Neubert hat den Zusammenbruch der DDR als eine „protestantische Revolution“ bezeichnet, deren bestimmende Faktoren auf eine „protestantisch politische Kultur“ der DDR zurückzuführen seien. Da sie „säkular verflacht vermittelt“ worden sei, habe es keine unüberwindbaren Kommunikationshemmnisse zwischen Protestantismus und säkularer Gesellschaft gegeben. Ganz anders die katholische Kirche: Sie habe sich im Dialog und kritischen Diskurs zurückgehalten und sei auf eigentümliche Weise im Land fremd geblieben. Einzelne Katholiken schlossen sich den Gruppen in der evangelischen Kirche an, weil es in der katholischen Kirche kaum oppositionelle Regungen gegeben hätte. Die katholische Kirche hätte ihren Gläubigen in „defizitärer Lage“ keine kirchlich getragene Ersatzidentität angeboten¹. Neuberts Aussagen sollen an einer Region mit einer „katholischen Kultur“ überprüft werden. Wie verhielt sich das katholisch geprägte Milieu einer Kleinstadt gegenüber dem allumfassenden Machtanspruch der SED? Wie haben die Katholiken auf den Systemwechsel und die neuen politischen Verhältnisse reagiert? Zugrunde liegt eine Fallstudie über die katholische Kleinstadt Wittichenau.

Wittichenau liegt in der Lausitz vor den Toren von Hoyerswerda in Sachsen und hat mit den eingemeindeten sorbischen Dörfern 5500 Einwohner. Kirchlich gehörte die Stadt zur kleinen Administratur Görlitz (heute Bistum), wo die Pfarrei eine wichtige Rolle spielt. Wegen seiner Zugehörigkeit zum Zisterzienserkloster St. Marienstern blieb Wittichenau mit den umliegenden Dörfern nach der Reformation katholisch. Erst 1824, als Wittichenau mitsamt der Niederlausitz infolge des Wiener Kongresses 1815 von Sachsen an Preußen gefallen war, mußte das Kloster seine Patrimonialgerichtsbarkeit an den preußischen Staat abgeben. Wittichenau war immer Standort von Handel und Gewerbe. 1938 waren 132 Gewerbebetriebe in der Stadt registriert. 1958 existierten noch 85 Betriebe, von denen nur 25 den Untergang der DDR erlebt haben. Die SED versuchte, die Stadt einseitig auf die Landwirtschaft zu orientieren. Viele Wittichenauer arbeiteten im umliegenden Braunkohletagebau. Die katholische Pfarrgemeinde zählte 1990 ca. 4500 Seelen. 1900 davon sind sorbischer Nationalität, von denen 85 Prozent auf den Dörfern wohnen.

Wie wird der Glauben im traditionellen katholischen Milieu vermittelt und praktiziert? Einmal in der Begleitung durch das Leben von der „Wiege bis zur Bahre“, sichtbar gemacht vor allem durch die Sakramente der Kirche, die bei Ge-

burt, Erwachsenwerden, Eheschließung und Tod gespendet werden. Zum anderen im Zyklus des Kirchenjahrs, das den Jahreszeiten mit verschiedenen religiösen Symbolen und Festen einen tieferen Sinn verleiht. Die Einbindung der Gläubigen in diese beiden Zyklen ist das Fundament des katholischen Milieus und dürfte das „Geheimnis“ für die relative Stabilität der katholischen Kirche in den Umbrüchen der letzten beiden Jahrhunderte sein. Bei dem Kampf der Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts um die Herzen der Menschen war die Kirche eine lästige Gegenspielerin. Die Diktaturen des folgenden Jahrhunderts überlebten die beiden Kirchen als die einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen.

Der Machtanspruch der SED

Der totalitäre Anspruch der Weltanschauungsdiktaturen stieß besonders in traditionellen Milieus auf Widerstand. In der DDR war es vor allem die Jugendweihe, die durch ihre Konkurrenz zur Firmung eine Entscheidung der Jugendlichen, vor allem aber des Elternhauses verlangte. Wer an der Jugendweihe nicht teilnahm, bekundete, daß er sich den Spielregeln der SED nicht ohne weiteres unterwarf und mußte deshalb mit zahlreichen Nachteilen rechnen. Die katholischen Bischöfe hatten bis zum Ende der DDR das Verbot der Teilnahme an sozialistischen Ersatzweihehandlungen für die Gläubigen aufrechterhalten. Sie forderten unmißverständlich dazu auf, die Jugendweihe zu verweigern und gaben genaue Anweisungen an Seelsorger und Gläubige. In Wittichenau setzten die Geistlichen die Anweisungen so um:

„Von seiten des Pfarrers wurde natürlich vor allem im Religionsunterricht dagegen vorgegangen. Als ich dann auf der EOS (Erweiterte Oberschule) war, waren da ein paar, die zur Jugendweihe gegangen sind, in der Regel die, deren Eltern Lehrer waren. Ich erinnere mich noch an meinen Freund, der mußte öffentlich abschwören vor allen Jugendlichen. Da war die Wittichenauer Jugend vor der Kirche versammelt, und es mußten 5–6 Hanseln antreten und abschwören. Das war 1965. Und die haben sich wirklich geschämt, daß sie zur Jugendweihe gegangen sind. Ich mußte bei meinem Freund Bürge machen. Das war eine halbe Inquisition.“²

Zu den zahlreichen Anlässen, in Wittichenau das Bekenntnis zum katholischen Glauben öffentlich abzulegen, gehörten die Fronleichnamsprozession und der Ostermontag, die in der DDR keine staatlichen Feiertage waren. Dennoch blieb ein großer Teil der Schüler dem Unterricht fern³. Obwohl dies ein von der Verfassung garantiertes Recht und in anderen Regionen der DDR kein Problem war, wurde in Wittichenau stets Druck von seiten der Schule auf Schüler und Elternhaus ausgeübt. Die Teilnahmezahlen mußten jährlich an übergeordnete Stellen weitergemeldet werden, wo sie genau registriert wurden.

Die beiden wichtigsten Bräuche in Wittichenau mit religiöser Rückbindung und überregionaler Ausstrahlung sind der Karneval und die Kreuzreiterprozes-

sion, die 1990 das 450. Mal stattgefunden hat. Der Karnevalsverein besteht schon fast 300 Jahre. Die SED hat diese Aktivitäten argwöhnisch beobachtet und gelegentlich versucht, Schwierigkeiten – etwa bei der Genehmigung der Prozessionen – zu machen. Auch der Karneval, der in Wittichenau stets auch als Ventil für die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen diente, war ständig gefährdet. In den Büttenreden und während der Umzüge wurde, teilweise versteckt, häufig aber auch ganz offen, Kritik an den Zuständen in der Stadt und im Land geübt. Einer der Büttenredner erinnert sich:

„Jedes Programm ist viermal aufgeführt worden. Meistens ist nach dem ersten Abend gesagt worden, dies und jenes ist feindlich und wenn ihr das nicht wegläßt, müssen wir das ganze Programm sperren. Wir haben das dann in anderer Form gebracht und die Wirkung war dann sogar noch größer, weil den Bürgern klar wurde, daß etwas geändert werden mußte. Da hat man sich gefreut – denen haben wir es wieder einmal gezeigt.“

Kirchenkampf in der Lausitz

Die SED gab zwar in den sechziger Jahren den offenen Kirchenkampf weitgehend auf, ergänzte aber ihre Kirchenpolitik zunehmend durch konspirative Aktivitäten, vor allem die von der Staatssicherheit inszenierten „Differenzierungsprozesse“. Federführend war das Ministerium für Staatssicherheit in enger Zusammenarbeit mit den Räten der Städte, Kreise und Gemeinden. Bei diesem „Politisch-operativen Zusammenwirken“ (POZW) ging es vor allem darum, Differenzen zwischen „reaktionär-klerikalen“ und „realistisch-progressiven“ Geistlichen „herauszuarbeiten“, zu verursachen und zu nutzen. Ziel der Staatssicherheit war es, gesellschaftliche Kritik, Solidarität mit Verfolgten, öffentliches Wirken der Kirchen überhaupt „einzudämmen“. Voraussetzung für die „Differenzierungsprozesse“ bei Geistlichen und Kirchenvolk waren Gespräche zwischen dem MfS oder staatlichen Stellen mit dem Klerus. Die spärlichen Informationen aus der Pfarrei Wittichenau zeigen, daß hier die Gesprächsbereitschaft gering war. In einem Leitungsbericht aus dem Rat des Bezirks Cottbus an das Staatssekretariat für Kirchenfragen vom 8. April 1987 heißt es dann auch, daß „im katholischen Schwerpunktgebiet in und um Wittichenau die Priester im Gegensatz zu Cottbus verschlossen“ seien und sich strikt an die veränderte Disziplin hielten⁴.

Wie die SED ihren Machtanspruch in einer ländlich geprägten katholischen Region durchzusetzen gedachte und auf welche Schwierigkeiten sie dabei stieß, zeigt ein Bericht aus dem Jahr 1960 über einen „Brigadeeinsatz“ in den Kreisen Hoyerswerda und Kamenz⁵. Die Funktionäre der SED-Kreis- und Bezirksleitung schwärmten am Montag, den 22. Februar 1960, aus. Tags zuvor war in allen katholischen Kirchen ein Fastenhirtenbrief der Bischöfe verlesen worden, dessen

Thema lautete: „Der Christ in atheistischer Umwelt“⁶. Darin beklagten die Bischöfe die Durchdringung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch den dialektischen Materialismus und stellten die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Christentum fest. Die Bischöfe beschränkten sich jedoch nicht auf eine allgemeine Kritik, sondern legten den Gläubigen die Grundsätze des christlichen Lebens ans Herz und gaben konkrete Ratschläge. Sie forderten die Gläubigen unter anderem auf, jedes Bekenntnis zur atheistischen Weltanschauung des Sozialismus zu unterlassen, keine sozialistischen Riten mitzuvollziehen und, wenn die Ausübung des Berufs mit der Abkehr von der Kirche oder mit einer unchristlichen Lebenshaltung verbunden sei, auf einen solchen Beruf zu verzichten. In der Kirche zu Crostwitz (Kreis Kamenz), wo in vier Gottesdiensten „alle Gläubigen mit dieser Hetze vertraut gemacht“ wurden, soll Pater Gerhard Andricki SJ nach dem Verlesen des Hirtenbriefs in seiner Predigt hinzugefügt haben:

„Die Christen sollen den Mut zeigen, damit die Kruzifixe wieder in den Schulen aufgehängt werden, die Christen sollten ihre Kinder lieber im Sarge sehen, als daß sie vom Christentum abfallen.“

„Gut unterrichtete Kreise“ teilten den Kontrolleuren auch mit, daß der Fastenhirtenbrief erst der Anfang eines direkten Angriffs der katholischen Kirche sei, es würden noch schärfere folgen, dafür sei der Karfreitag ausersehen. Die katholische Kirche wolle es so weit bringen, daß ihre Gläubigen offiziell den Antrag an die Regierung stellen werden, um ihres Glaubens willen aus der Republik auszuwandern. Verlässlicher informiert wurden die Brigadiere bei der Kontrolle der Stadtverwaltung von Wittichenau. Dort mußten sie feststellen, daß die katholische Kirche „auf die Stadtverordnetenversammlung sowie auf die Mitarbeiter des Rates der Stadt einen relativ starken Einfluß“ hat. Ein großer Teil der Abgeordneten waren aktive Katholiken. Die gute Verbindung des Pfarrers zu den Abgeordneten zeige sich darin, „daß ihm der Inhalt von Vorlagen bekannt ist, bevor sie im Rat oder in der Stadtverordnetenversammlung behandelt wurden“.

Die Autoren des Berichts belegen den „schädlichen politischen Einfluß des Klerikalismus“ an einer ganzen Reihe von einzelnen Beispielen. Die Sekretärin des Bürgermeisters, die auch für das Personenstandswesen zuständig war, meinte, daß sie aus Glaubensgründen nicht in der Lage sei, Feierstunden zur Kindesweihe durchzuführen und die Urkunden zu unterzeichnen. Diese Meinung sei durch den Fastenhirtenbrief der Bischöfe noch verstärkt worden. Außerdem brachten die Kontrolleure in Erfahrung, daß „diese Kollg. bei der Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen auf diese Bürger einwirkt, um sie von diesem Schritt abzuhalten bzw. zu veranlassen, daß die noch offenstehenden Kirchensteuern bezahlt werden“. Ein anderer Kollege, der für die Jugendweihe verantwortlich sei, weigere sich aus Glaubensgründen, die Jugendweihe durchzuführen. Auch auf die eigenen Parteimitglieder konnte sich die SED nicht verlassen: Ein Genosse erklärte in einem Gespräch, daß „er nach Kenntnis des Fastenhirtenbriefs zu der

Auffassung gelangt ist, nunmehr im Staatsapparat keinen Platz mehr zu haben, da es nur ein Entweder-Oder gibt“.

Im Kreis Kamenz waren sogar Parteisekretäre in der Kirche. Die Mitgliedszahlen der SED waren so niedrig, daß Ortsgruppen zusammengelegt werden mußten (Ralbitz und Schönau). „Wenn einzelne Genossen sich aus diesem von der Kirche beherrschten Milieu herausarbeiten möchten, werden sie durch Familiengebundenheit daran gehindert.“ Einem Ehepaar aus dem Kreis Meißen, das die LPG in Crostwitz unterstützen sollte, erging es „noch ärger als den sorbischen kath. Genossen, sie werden erdrückt von der Übermacht des herrschenden katholischen Milieus. Ohne Stärkung und Unterstützung gehen diese Funktionäre unter, sie verlieren das Vertrauen zur eigenen Kraft.“ Eine Bäuerin in Cunnewitz stünde, weil sie die „bekannte Provokation mit dem Kreuz im Kindergarten nicht unterstützte“, so stark unter dem Druck der katholischen Kirche, daß sie alle Funktionen im Ort niederlegte und den Brigademitgliedern unter Tränen sagte: „Ihr geht wieder fort, aber ich muß hier leben.“

Im katholischen Teil der Gemeinde Sollschwitz waren drei von fünf Gemeinderatsmitgliedern katholisch und beeinflussten die Arbeit „negativ“. Mehrere katholische Einzelbauern, alles aktive Anhänger der katholischen Kirche, hielten „die sozialistische Entwicklung bewußt auf ... Auch in dieser Gemeinde zeigten sich nach Verlesung des Hirtenbriefes Auswirkungen gegen die sozialistische Umgestaltung. Zur Durchführung von sozialistischen Feiern ist es bisher noch nicht gekommen.“ Aus den Aufzeichnungen eines Sollschwitzer Bauern geht hervor, daß es die SED nicht bei Berichten beließ. Am 23. März 1960, drei Tage nachdem der Bericht über den Brigadeeinsatz in Berlin eingegangen war, fielen LPG-Werbebrigaden in Sollschwitz ein. Das Dorf sollte als letztes nicht vollgenossenschaftliches Dorf im Kreis Hoyerswerda noch vor Mitternacht fallen. Nachdem sich den ganzen Tag bereits „Hunderte fremder Leute“ bei den Bauern die Klinke in die Hand gegeben hatten, folgte die „Schreckensnacht von Sollschwitz“:

„Die ‚Werber‘ drangen zu Hunderten ganz einfach mit Gewalt in die Häuser ein. In alle Fenster, Türen und Tore zugleich schlugen sie mit den Fäusten und hackten dagegen, um eindringen zu können. In einigen Fällen krochen sie sofort durchs Fenster hinein... Selbst die Polizei beteiligte sich an dieser Aktion und duldete das alles. Die Bauern schützte niemand... Die Frauen weinten und die Männer zitterten. So ging das bis in die Nacht um halb ein Uhr und am nächsten Tag ab 7.00 Uhr genauso weiter. Selbst vor Kranken hielten sie sich nicht zurück.“⁷

Schließlich stimmten alle Bauern dem Eintritt in die LPG zu. Vorher hatten sie allerdings noch einige Klauseln in das Statut der LPG schreiben lassen. Alle bisherigen Feiertage sollten weiter gefeiert, keine Prozession verboten oder abgeschafft, allen die Beteiligung an Prozessionen und Beerdigungen garantiert werden. Im Mai und Oktober sollte eine Stunde vor Beginn der Abendandacht Feierabend sein. Außerdem trotzten die Bauern den „Werbern“ die Genehmigung für den Ausbau und die Renovierung ihrer Dorfkapelle ab.

In ihren Schlußfolgerungen aus dem Brigadeinsatz empfahlen die Funktionäre, die politisch-ideologische Erziehungsarbeit gegenüber der sorbisch-katholischen Bevölkerung zu verbessern. Sie kritisierten die „Politik des Zurückweichens“ vor den politisch-klerikalen Kräften und sprachen sich für eine „Differenzierungspolitik“ unter dem Klerus aus. Das Wichtigste war jedoch, die „Mitarbeiter staatlicher Organe auf ihre konfessionelle Bindung und ihre staatspolitische Zuverlässigkeit zu überprüfen“. „Unsicherheitsfaktoren“ in den Räten, bei Bürgermeistern und Lehrern wollte man durch Erziehung, Schulung und Austausch „beseitigen“. Sie sollten durch „zuverlässige sorbische Kader, die nicht kirchlich gebunden sind“, ersetzt werden. Diese Strategie war bereits 1953 in Wittichenau bei vier katholischen Lehrern angewandt worden, die selbst überhaupt keinen Anteil am Protest der Schüler gegen die Abnahme der Kruzifixe in der Schule hatten. Sie mußten die Schule verlassen und durften erst nach entsprechenden Protesten ihren Beruf außerhalb Wittichenaus wiederaufnehmen. Die SED ignorierte die wiederholte Forderung aus der Wittichenauer Bevölkerung nach christlichen Lehrern.

In den siebziger Jahren kam es zu einem unausgesprochenen Übereinkommen zwischen Staat und Kirche in Wittichenau. Beide Seiten steckten ihre Einflußgebiete ab, zu offenen Auseinandersetzungen kam es nicht mehr. Die SED verfügte über ihre Vorposten etwa in Gestalt der Schule oder der Stadtverwaltung. Hier hatte sie das Sagen, war aber selbst in diesen Institutionen von nonkonformen, der Kirche nahestehenden Personen umgeben. Alle wesentlichen Entscheidungen wurden deshalb in den Betriebsparteiorganisationen der SED in enger Zusammenarbeit mit dem Rat des Kreises und der SED-Kreisleitung gefällt. Von aktivem Widerstand gibt es aus den letzten zwei Jahrzehnten der DDR nichts zu berichten. Beide Seiten hatten sich arrangiert und lebten nebeneinander her, ohne einander viel zu stören. Weder ist der Herrschaftsanspruch der SED zu irgendeiner Zeit in Frage gestellt worden noch konnte die staatliche Seite ihren allumfassenden Anspruch auf die Menschen durchsetzen. Der frühere Kaplan sieht die Wurzeln für die Resistenz der Wittichenauer bis in die Reformationszeit reichen:

„Hier hat das Kloster die Hand drüber gehalten. Wittichenau ist katholisch geblieben, während teilweise sogar das Domkapitel evangelisch war. Dieses Die-Hand-drüber-Halten, diese Grundhaltung, Protest zu machen gegenüber dem Umfeld, das gehört zur Grundausrüstung hier.“

Die in anderen Regionen von der Staatssicherheit in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen betriebene „Differenzierung“ und „Zersetzung“ hat in Wittichenau kaum gegriffen, weil der Klerus nicht gesprächsbereit war und die katholischen Laien die Werbungsversuche der Staatssicherheit abwehrten. Von der neuen politischen Elite ist bei den Überprüfungen durch die Gauck-Behörde niemand als „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS enttarnt worden. Wer aus Karrieregründen der SED beitrug, trat in der Regel aus der Kirche aus und zog in andere Regionen.

Karnevalsverein als Schattenregierung

Die Vorboten der Wende erreichten Wittichenau in Gestalt von Unterschriftenlisten für die Zulassung des Neuen Forums. Einzelne Personen begannen, bei Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen Unterschriften zu sammeln. Das wöchentliche Abendgebet der Jugend nahm ab Oktober zunehmend den Charakter der Friedensgebete an, wie sie aus anderen Städten bekannt sind. Zahlreiche Wittichenauer fuhren ab Oktober 1989 zu den großen Demonstrationen nach Leipzig und in andere Städte. Die Aktivitäten der katholischen Jugend erhielten hieraus zusätzliche Inspiration, so daß auch in Wittichenau die Bewegung schließlich den Schutzraum der Kirche verließ und auf die Straße drängte. Die erste Demonstration in Wittichenau am 30. Oktober 1989 mit 5000 Teilnehmern war schon wegen ihrer Teilnehmerzahl die imposanteste der von nun an wöchentlichen Demonstrationen.

Die Stadtverordnetenversammlung hob am 22. November 1989 die Bindung des Bürgermeisteramts an ein SED-Mandat auf. Daraufhin trat die Bürgermeisterin zurück, deren Amt bis zu den Neuwahlen im Mai 1990 ihre Stellvertreterin (CDU) ausübte. Dennoch entstand eine unsichere Situation, da die fehlende Legitimität des Stadtrats mit dem Zerfall der SED-Herrschaft deutlich hervortrat. In einer Sonderratssitzung am 8. Dezember wurde die Auflösung der Volksvertretung diskutiert. Ein Ratsmitglied bemerkte, daß die „Entwicklung bis zur Neuwahl nicht mehr steuerbar“ sei, man sei „einem Bürgerkrieg nahe“⁸. Da aber nicht die gesamte Stadtverordnetenversammlung zurücktreten konnte, sondern höchstens einzelne Ratsmitglieder hätte abwählen können, mußte eine andere Lösung gefunden werden.

Einen „Runden Tisch“ gab es in Wittichenau nicht. Am 29. Oktober, einen Tag vor der großen Demonstration, hatte sich aber in der Wohnung des Kaplans eine Bürgerinitiative gebildet. Zunächst bestand sie aus fünfzehn Personen, meist Jugendlichen; nach der Demonstration am 30. Oktober stießen weitere Interessierte dazu. Eine Mitgliedsliste der Bürgerinitiative vom Dezember 1989 führt schon die meisten der späteren Mandatsträger auf. Erklärtes Ziel war es, „bis zu den Neuwahlen als kontrollierendes Organ tätig zu sein und gleichzeitig konstruktiv mitzuarbeiten“. Am 21. Dezember ging eine Liste mit den Personen an den Rat der Stadt, die von der Bürgerinitiative in die verschiedenen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung entsendet wurden.

Bei den Volkskammerwahlen am 18. März erhielt die „Allianz für Deutschland“ in Wittichenau 83,8 Prozent. Der Anteil der CDU betrug 72,6 Prozent. Dies sollte von nun an der Durchschnittswert der CDU bei allen folgenden Wahlen bis 1995 in Wittichenau bleiben. Die einzige Konkurrentin, die das Wahlergebnis der CDU überhaupt zu beeinflussen vermochte, war die DSU. Ihre Stimmverluste 1994 konnte vor allem die CDU auf ihr Konto verbuchen. Bei den

Landtagswahlen 1990 erhielt der Direktkandidat der DSU 37,4 Prozent und erzielte damit mehr als einen Achtungserfolg gegen den gewählten CDU-Kandidaten, der mit 45,7 Prozent in den Landtag zog. Alle anderen Parteien blieben weit unter zehn Prozent. Einzig die SPD konnte sich von unter fünf Prozent bis zu den Bundestagswahlen auf über zehn Prozent hinaufarbeiten. Eine weitere Auffälligkeit im Wahlverhalten der Wittichenauer ist die hohe Wahlbeteiligung. Sie hat bei den Volkskammerwahlen mit 97,8 Prozent ihre Rekordmarke (gegenüber den 93,2 Prozent der DDR) erreicht, blieb aber auch bei allen folgenden Wahlen über dem Durchschnitt.

Das wichtigste Gremium für die Herausbildung einer oppositionellen Elite war der Wittichenauer Karnevalsverein, auch Vierzehnerrat genannt. In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 22. Februar 1993 über Wittichenau wird der Karnevalsverein als Keimzelle für den politischen Erfolg des Städtchens nach der Wende bezeichnet. Der damalige Bürgermeister Schowtka sagte: „Der Karnevalsverein war die heimliche Schattenregierung.“ Nach der Wende besetzten die „Karnevalisten“ alle wichtigen Ämter und Mandate. Die beiden Bürgermeister, die meisten Amtsleiter, die beiden Landtagsabgeordneten und der Bundestagsabgeordnete – alle waren Mitglieder des Karnevalsvereins. Bei den Sitzungen wurde zunächst „über den Fasching geredet und hinterher politisiert. Viele Pläne lagen dadurch schon in der Schublade“, so ein früheres Mitglied. Im Vierzehnerrat waren alle Persönlichkeiten der Stadt versammelt. Er bildete eine lokale Gegenelite zur von der SED besetzten Verwaltungsspitze. Die Mitgliedschaft erforderte Organisationstalent, Verhandlungsgeschick und rhetorische Fähigkeiten. Die dominierende Position der Mitglieder des Karnevalsvereins wirkte sich aber nicht ausschließlich gegenüber anderen Bewerbern für Mandate aus. Die wirkliche politische Elite, die Entscheidungen trifft und seit 1990 die wichtigen Positionen besetzt, besteht jedoch ausschließlich aus Mitgliedern des Vierzehnerrats. Dieser Personenkreis war außerdem bis zur Wende in verschiedenen kirchlichen Gremien wie dem Pfarrgemeinderat, dem Kirchenvorstand oder der Kolpingsfamilie aktiv. Die beiden evangelischen Abgeordneten waren Synodenmitglieder der Görlitzer Kirche.

Streit zwischen „Blockflöten“ und „Reformern“ hat es in der Wittichenauer CDU nur am Rand gegeben. Ob jemand vor oder nach 1989 CDU-Mitglied geworden ist, war von Zufälligkeiten abhängig. Karnevalisten sind sowohl unter den Alt- als auch den Neumitgliedern. Die CDU spielte als politische Größe in Wittichenau vor der Wende keine Rolle. Wer in die CDU eintrat, tat dies in der Regel, um einer SED-Mitgliedschaft auszuweichen. Sich der SED-Mitgliedschaft zu verweigern, ohne in einer Blockpartei zu sein, konnte sich in Studium und Beruf hinderlich auswirken. Auch war es schwierig, die Verweigerung zu begründen, ohne als Oppositioneller in Erscheinung zu treten. Man trat der CDU bei, zahlte seinen Beitrag und hatte seine Ruhe.

„Es waren bei uns keine Leute in der CDU, die unseren Glauben verkauft haben. Da hat niemand Dinge getan, von denen man hätte sagen können: Also mit euch kann ich nicht in einer Partei sein. Es waren alles ordentliche Leute, die keine faulen Kompromisse eingegangen sind.“⁹

So kam es 1989/90 zu einem Schulterschuß zwischen den alten und neuen Mitgliedern, die durch die Mitgliedschaft im Karnevalsverein oder kirchlichen Gremien, vor allem aber in Familienkreisen in enger Beziehung zueinander standen. Für die Entscheidung, in die CDU einzutreten, und deren Erfolg bei allen folgenden Wahlen gaben die Wittichenauer Abgeordneten im wesentlichen drei Gründe an: Einmal die grundsätzlich konservative Einstellung der Wittichenauer, dann die katholische Konfession und die CDU als die Partei, welche versprach, die deutsche Einheit und die damit einhergehende wirtschaftliche Umwandlung am konsequentesten voranzutreiben. Gerade letzteres war entscheidend, die aus der Zeit der Kanzlerschaft Brandts und Schmidts vorhandenen Sympathien für die SPD zurücktreten zu lassen.

Wer den Schritt in die CDU aufgrund deren Vergangenheit nicht machen wollte, für den war die DSU eine Alternative. Hier sammelten sich vor allem katholisch-konservative Kräfte; besonders bei Gewerbetreibenden, der wiedergegründeten Schützenbruderschaft und dem Klerus hatte diese Partei großen Rückhalt. Die Vertreter der DSU bezeichnen ihre Partei als bodenständig, volksnah, christlich und sozial. Das Vorbild der bayerischen CSU ist überdeutlich. Trotz einer ausgeprägt konservativen Einstellung, oder gerade ihretwegen, wird die in den letzten Jahren erfolgte Rechtsorientierung der Partei kritisiert und abgelehnt. In Wittichenau hat die Partei ein Wählerpotential von 10–20 Prozent. Die SPD leidet vor allem darunter, daß sie keine bedeutenden Persönlichkeiten für sich gewinnen konnte. 1989 aus dem Kreis von LPG-Mitgliedern gegründet, konnte sie keine Anziehungskraft entwickeln. PDS und Bündnis 90/Die Grünen sind in Wittichenau bisher weder bei Wahlen noch bei anderen Gelegenheiten in Erscheinung getreten.

Katholisches Milieu und politisches Engagement

In Wittichenau hat die frühere Rand- und Gegenelite die lokale politische Führung übernommen. Die Angehörigen der heutigen politischen Elite Wittichenaus entstammen einem Milieu, das sie und die Wähler gleichermaßen umfaßt und als dessen Repräsentanten sie sich verstehen. In ihren Erfahrungen, Prägungen und politischen Einstellungen stellen sie eine relativ homogene Schicht dar. Vorwiegend in der Nachkriegszeit aufgewachsen, haben sie den größten Teil ihrer Sozialisation in der katholischen Pfarrei und dem christlich orientierten Elternhaus erhalten, einem Milieu, daß sich subkulturell von der DDR-Gesellschaft abgrenzte. Vor allem in ihrer Jugendzeit mußten sie sich mehrfach zwischen Ansprüchen der

Kirche und des Staates entscheiden, wobei in der Regel die Entscheidung zugunsten der Kirche erfolgte. Sie waren dabei getragen von ihrem Elternhaus, dem weiteren Umfeld von Verwandten und Bekannten sowie den Geistlichen.

Dieses Milieu stammt als Lebensform bereits aus der Reformationszeit, als das Kloster den neuen Glauben in seinem Herrschaftsbereich zurückdrängte und die Stadt mit den umliegenden Dörfern zum Fremdkörper in der Region wurde. Die Resistenz gegen Neuerungen von außen ist deshalb seit Jahrhunderten internalisiert und gehört zum Selbstverständnis der Wittichenauer. Bemerkenswert ist, daß die Sozialisation der Mitglieder der neuen politischen Elite neben den affirmativen Bestandteilen, die ein geschlossenes Milieu hervorbringt, starke emanzipative Elemente aufweist. Sie zeigen sich nicht nur in ihrer Distanz zur DDR-Gesellschaft, mit der sie sich gleichwohl im Rahmen beruflicher Notwendigkeiten arrangierten, sondern, nachdem sie in legitimierter politischer Verantwortung standen, auch in der Abwehr der Ansprüche des örtlichen Pfarrers, weiterhin die einzige Autorität in der Stadt zu sein.

Politisches Engagement wird als christlicher Weltdienst wahrgenommen, ist allerdings pragmatisch und an kommunalen Interessen orientiert. Die Akteure suchten bei wichtigen Entscheidungen Rat beim Klerus, vor allem unter den Bedingungen der Diktatur, wo Entlastung und Schutz vermittelt wurde, wendeten sich aber andererseits unter den demokratischen Verhältnissen gegen unsachgemäße Einmischung aus dem Pfarrhaus. Hier kam es nach der Wende auch zu offenem Streit, was jedoch auf die enge Bindung der Laien an Kirche und Glauben keinen erkennbaren Einfluß hatte. So ist die Eigenständigkeit der Laien gegenüber dem Klerus bei „weltlichem“ Handeln auch nicht mit Distanz gleichzusetzen, wie sie im Westen häufig gegenüber der „Amtskirche“ betont wird.

Weitgehend unabhängig von den in der DDR üblichen ideologischen Vorgaben und anderweitigen Zwängen entwickelten sich im Raum der Kirche und ihrem weiteren Umfeld Freiräume, in denen sich Talente für öffentliche Ämter entfalten konnten. Vor allem im Karnevalsverein konstituierte sich eine Gegenelite. Gemeinsam mit anderen kirchlichen Organisationen und Gruppierungen bildete er nach der Wende einen Rekrutierungspool für politische Ämter und Mandate. Neuberts Aussage, es habe in der katholischen Kirche kaum engagierte Gruppen und auch keine „kirchlich getragene Ersatzidentität“ gegeben, erweist sich am Beispiel einer Gemeinde mit überwiegend katholischer Bevölkerung als falsch, ist aber noch an Diasporagemeinden zu überprüfen. Daß sich die katholische Kirche in Diasporagebieten auf Kult und Katechese zurückzog, war aufgrund ihrer Minderheitensituation eine Überlebensstrategie.

Es stimmt, daß die Katholiken in der DDR-Gesellschaft fremd waren. Einmal bestanden die kleinen Gemeinden überwiegend aus Zugezogenen, oft Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, zum anderen mußte die katholische Form von religiöser Praxis der säkularen Kultur in der DDR fremd erscheinen und sich

deshalb als ein Kommunikationshemmnis erweisen. Die katholische Kirche konnte deshalb gar nicht die Rolle eines Kommunikators übernehmen. Aber sie hat die katholischen Laien mit Selbstbewußtsein und Identität ausgestattet und der neuen politischen Ordnung weit über ihren geringen Bevölkerungsanteil hinaus unbelastetes politisches Personal zur Verfügung gestellt. Daß darunter, im Gegensatz zu den Protestanten, keine Geistlichen waren, ist vor allem auf die in der katholischen Kirche heute betonte Unvereinbarkeit politischer Ämter und Mandate mit der Tätigkeit als Seelsorger zurückzuführen, wie sie auch im Reichskonkordat von 1933 für Deutschland festgelegt wurde.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung können nicht für die ganze DDR verallgemeinert werden, ähneln aber denen für die frühe Bundesrepublik. Auch damals galt: Der katholische Volksteil identifizierte sich mit der neuen Ordnung, integrierte sich in die neue Republik und stellte gleichzeitig personelle und ideelle Ressourcen für den Aufbau des demokratischen Staates bereit.

ANMERKUNGEN

¹ E. Neubert, Protestant. Kultur u. DDR-Revolution, in: APuZ 19. 5. 1991, 21–29.

² Die Reueformel: „Ich, NN., habe am ... an der Jugendweihe teilgenommen. Ich bin mir bewußt, daß ich damit gegen Gott gefehlt und meinen katholischen Glauben verleugnet habe. Ich verspreche feierlich vor zwei Zeugen durch Ablegung des Glaubensbekenntnisses, in Zukunft Gott die Treue zu halten und als aufrechter Katholik zu leben“, in: J. Pilvousek, Kirchl. Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945–1976. Quellentexte aus d. Ordinariaten u. bisch. Ämtern (Leipzig 1994) 390. Die folgenden Zitate stammen aus Gesprächen mit Wittichenauer Bürgern, die nach der Wende Mandate übernommen haben.

³ Am Ostermontag 1982 nahmen am Unterricht 27 % der Schüler teil, 1983 waren es 25 %, 1984 19,5 % (von 641 125 Schülern). An der Fronleichnamsprozession 1983 nahmen in Wittichenau am Vormittag 2000 und am Nachmittag 1500 Personen teil, 12 % davon Kinder und Jugendliche, weshalb den Schulunterricht nur 22 % besuchten.

⁴ Bundesarchiv Potsdam, HAL 1119, Berichte aus d. Bezirk Cottbus 1986–89, Leitungsbericht 2/87.

⁵ BA Potsdam, Bestand 0–4, Sign. 1314; alle folgenden Zitate stammen aus dieser Akte.

⁶ G. Lange u. a., Kath. Kirche – Sozialist. Staat. Dokumente u. öffentl. Äußerungen 1945–1990 (Leipzig 1992) 163–168.

⁷ Wittichenauer Wochenbl. Mai 1990.

⁸ Protokoll d. Sondersitzung v. 8. 12. 1989, Wittichenauer Stadtarchiv.

⁹ Der Bürgermeister u. Landtagsabgeordnete der Stadt, Peter Schowtka.